

Die Anfänge der Anti-Atom-Bewegung in der Bundesrepublik Deutschland

**Hausarbeit zum Seminar „Konsens und Konflikt in der Energiepolitik“,
SoSe 2000, PD Dr. Thomas Saretzki**

Marco Rieckmann
Student der Umweltwissenschaften
(Universität Lüneburg)
Matrikel-Nr: 11 06 86
Lüner Damm 7
21337 Lüneburg
04131/732098
Email: marco.rieckmann@gmx.net

Lüneburg, 25.08.2000

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG	3
2. HAUPTTEIL	3
2.1 EINLEITUNG	3
2.2 ENTWICKLUNG DER ZIVILEN ATOMENERGIENUTZUNG IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND - EIN ÜBERBLICK	3
2.3 DAS ENTSTEHEN DER ANTI-ATOM-BEWEGUNG	8
2.3.1 <i>Der Ursprung der Bewegung - die ersten Proteste</i>	8
2.3.2 <i>Die auslösenden Faktoren für die ersten Proteste</i>	9
2.3.3 <i>Steht die Anti-Atom-Bewegung in der Tradition anderer Bewegungen?</i>	12
2.3.4 <i>Aus einzelnen Bürgerinitiativen entsteht eine Bewegung Aus einzelnen Bürgerinitiativen entsteht eine Bewegung</i>	13
3. SCHLUSSTEIL	15
4. ANHANG	17
4.1 BEFRAGUNG VON ATOMENERGIEGEGNERINNEN ZU DER ENTSTEHUNG DER ANTI-ATOM-BEWEGUNG	17
4.1.1 <i>Der Fragebogen</i>	17
4.1.2 <i>Die Ergebnisse der Befragung</i>	18
4.1.3 <i>Kritische Betrachtung der Befragung</i>	27
4.2 LITERATURVERZEICHNIS	28

1. Einleitung

In der Bundesrepublik Deutschland wurde nach einer jahrzehntelangen Auseinandersetzung nun in diesem Jahr in einer Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen („Atomkonsens“) ein Ende der zivilen Atomenergienutzung beschlossen. Inhalt dieser Arbeit soll es nicht sein, die Ergebnisse dieses Konsensverfahrens zu bewerten. Dazu ist in den letzten Wochen und Monaten aus den verschiedensten Blickwinkeln schon viel geschrieben worden.

Vielmehr soll die Entstehung der deutschen Anti-Atom-Bewegung betrachtet werden. Die Frage, die im Mittelpunkt der Arbeit steht, ist diejenige, wann, wie und warum die Bewegung entstanden ist.

In den 50er Jahren, also in den Anfängen der zivilen Nutzung der Atomenergie, gab es in der Bundesrepublik Deutschland zwischen allen relevanten Parteien einen einhelligen Konsens, dass ein Einstieg in die Atomenergie nicht nur verantwortbar sondern sogar notwendig sei. 50 Jahre später sind wir an einem Punkt angelangt, an dem kaum noch jemand einen weiteren Ausbau der Atomenergie fordert. Auch wenn sicherlich ein Neubau von Atomkraftwerken nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann, steht im Mittelpunkt der Diskussion derzeit doch eher die Frage, wie lange die bestehenden Atomkraftwerke noch in Betrieb bleiben sollen. Innerhalb von 50 Jahren haben sich die Positionen der Parteien sowie großer Teile der Gesellschaft zur Atomenergie also stark verändert. Es besteht kein Zweifel, dass die Anti-Atom-Bewegung wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen hat.

Aber natürlich gab es nicht schon beim Bau der ersten Atomkraftwerke eine bundesweit gut vernetzte Anti-Atom-Bewegung. Diese musste erst entstehen und sich weiterentwickeln. Es stellt sich also die Frage, wann es die ersten Proteste gegen einzelne Atomenergieprojekte gab, welches die Ursachen für diese Proteste waren, ob sie in der Tradition anderer Bewegungen standen und wie letztlich eine Bewegung - die Anti-Atom-Bewegung - entstand, die als eine von mehreren Neuen Sozialen Bewegungen starken Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der Bundesrepublik Deutschland genommen hat. Im Kern geht es damit um den Ursprung der nun schon seit Jahrzehnten andauernden Atomenergiekontroverse. Zum Verständnis dieser Kontroverse ist die Analyse ihres Ursprungs von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

2. Hauptteil

2.1 Einleitung

Die Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung lässt sich natürlich nicht von der energiepolitischen Entwicklung in Deutschland insgesamt und insbesondere von der Entwicklung der Atomenergienutzung trennen. Deshalb soll in Abschnitt 2.2 zunächst ein Überblick über letztere Entwicklung gegeben werden. Dieser Überblick konzentriert sich auf die wesentlichen Akteure, Ereignisse und vor allem die Hauptentwicklungslinien. Es wird sich zeigen, dass sich die Entwicklung der Atomenergie in verschiedene Phase gliedern lässt. Anhand dieser Phasen wird auch noch einmal verdeutlicht werden, inwiefern sich die Einstellungen der Gesellschaft und der Politik zur Atomenergie in den letzten 50 Jahren verändert haben.

Mit diesem Überblick als Grundlage befasst sich Abschnitt 2.3 mit der eigentlichen Frage nach dem Ursprung und der Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung. Von Interesse wird sein, wann es zu den ersten größeren Protesten kam (Abschnitt 2.3.1) und welche Faktoren es waren, die diese Proteste auslösten (Abschnitt 2.3.2). Weiterhin wird die Frage untersucht werden, ob die Anti-Atom-Bewegung in der Tradition anderer Bewegungen steht (Abschnitt 2.3.3). Schließlich soll der Übergang von den einzelnen Standort-Protesten zur einer bundesweiten Anti-Atom-Bewegung näher betrachtet werden (Abschnitt 2.3.4).

Im Rahmen der Arbeit wurde eine Befragung von AtomenergiegegnerInnen zu der Entstehung der Anti-Atom-Bewegung durchgeführt. Die Ergebnisse wurden zum Teil in die Arbeit miteinbezogen. Nähere Informationen zu der Befragung sowie sämtliche Antworten sind in Abschnitt 4.1 nachzulesen.

2.2 Entwicklung der zivilen Atomenergienutzung in der Bundesrepublik Deutschland - ein Überblick

Im folgenden soll die Entwicklung der Atomenergie in Deutschland überblicksweise dargestellt werden. Wie sich zeigen wird, lässt sich diese Entwicklung in sieben Phasen gliedern. Die Faktoren, die der Einteilung in die Phasen zugrunde liegen, sind die Geschwindigkeit des Ausbaus der Atomenergie, die Positionen der Parteien sowie die gesellschaftliche Stimmung und damit eng verbunden die Intensität der Proteste.

In den 50er und 60er Jahren gab es in Deutschland bezüglich der Atomenergie eine euphorische Aufbruchsstimmung (Barthelt/Montanus 1993, S. 89 f./94; Müller 1990, S. 335ff.). Die Atomkraft galt als „die Energie der Zukunft“ (Radkau 1993, S. 101) schlechthin. Mit der Nutzung der Atomenergie wurde die Vorstellung einer gesicherten Energieversorgung für Jahrhunderte verbunden (Barthelt/Montanus 1993, S. 89 f.). Besonders durch die politischen Parteien und die Medien wurde diese Sichtweise verbreitet (Radkau 1993, S. 103: „veröffentlichte Meinung“), während es in der Bevölkerung auch durchaus Skepsis und Furcht vor der Atomenergie (Müller 1990, S. 349f.) gab. Zwischen den Parteien herrschte ein Konsens über die Notwendigkeit des schnellen Einstiegs in die friedliche Nutzung der Atomenergie (Müller 1990, S. 339). Dabei waren es in erster Linie nicht energiepolitische Interessen, die diesem Konsens zugrunde lagen, sondern forschungspolitische Interessen (Radkau 1993, S. 110f.). In Deutschland war bezüglich der Atomenergie eine große Forschungslücke gegenüber den europäischen Nachbarstaaten bzw. den USA entstanden (Barthelt/Montanus 1993, S. 90). Obwohl die Energieversorgungsunternehmen eher skeptisch waren (Radkau 1993, S. 124), weil der Energiebedarf auch ohne den schnellen Einstieg in die Atomenergie noch gedeckt werden konnte (Müller 1990, S.344), die Wirtschaftlichkeit der Atomenergie noch unklar und damit das finanzielle Risiko hoch war (Müller 1990, S. 348), drängte die Wissenschaft auf einen raschen Einstieg in die Atomenergie, um den Forschungsrückstand aufholen zu können (Müller 1990, S. 333). In der Zeit nach 1955 [Durch die Beendigung der Besatzung wurde ein Einstieg in die Atomenergie erst möglich. Denn vorher war Deutschland die „friedliche Nutzung der Kernenergie untersagt“ (Barthelt/Montanus 1993, S. 90).] wurden verschiedene Institutionen und Kommissionen (z.B. die Reaktorsicherheitskommission, Bundesministerium für Atomfragen) gegründet, die Forschung mit staatlicher finanzieller Unterstützung vorangetrieben (Müller 1990, S. 124f.) und mit dem (Versuchs)Reaktorbau begonnen - ebenfalls mit staatlichen Subventionen (Barthelt/Montanus 1993, S. 90). Diese **erste Phase von 1955 bis 1969** lässt sich mit der Überschrift **„Aufbruch im Konsens und Institutionalisierung“** versehen.

Ab 1970 setzte in Deutschland ein „Boom von Kraftwerksbestellungen“ (Barthelt/Montanus 1993, S. 97) ein, und es wurden zunehmend leistungsstärkere AKWs (mit einer elektrischen Leistung von mehr als 1000 MW) gebaut. Das 1. energiepolitische Gesamtkonzept der Bundesregierung von 1973 sah einen massiven Ausbau der Atomenergie vor (Barthelt/Montanus 1993, S. 97): Bis zum Jahr 1985 wurde ein Ausbau auf eine Kapazität

von 40.000 MW angestrebt (damalige Kapazität: 7.200 MW). Zwischen den Parteien herrschte weiterhin ein Konsens über den Atomenergieausbau, während allerdings gleichzeitig bei AKW-Genehmigungsverfahren mit der Zeit die Anzahl der Einwendungen merklich anstieg (Müller 1995, S. 779f.). Die Frage, warum es zu dieser Zeit mehr oder weniger plötzlich zu größeren Widerständen gegen den Bau von Atomanlagen kam, während dies in den Jahren davor noch nicht der Fall war, steht im Mittelpunkt des Abschnittes 2.3.2. Diese **zweite Phase von 1970 bis 1974** ist also durch den **„Starken Ausbau und den Beginn der Atomenergiekontroverse“** gekennzeichnet.

Ab Mitte der 70er Jahre wurde der Widerstand gegen die Nutzung der Atomenergie dann immer stärker. Es kam zu Bauplatzbesetzungen (z.B. Whyll 1975), mehreren Massendemonstrationen mit jeweils zehntausenden TeilnehmerInnen (z.B. Brokdorf 1976 und 1981, Hannover 1979) und vielen Gerichtsverfahren. Der Schwerpunkt der Kontroverse war zu dieser Zeit der weitere Ausbau der Atomenergie. Die Proteste und Gerichtsverfahren führten letztendlich zu einer Verschärfung der Sicherheitsstandards, einer Erhöhung der Kosten und längeren Genehmigungsverfahren (Barthelt/Montanus 1993, S. 99; Müller 1995, S. 782). Der Ausbau der Atomenergie fand nur noch gebremst statt, und in den Fortschreibungen des Energieprogramms von 1973 wurde der geplante Anteil der Atomenergie schrittweise immer weiter zurückgenommen. Die Gründe dafür waren sowohl die Atomenergiekontroverse als auch die „sinkenden Zuwachsraten im Stromverbrauch“ (Barthelt/Montanus 1993, S. 98). Hinzu kam außerdem, dass in dieser Zeit der energiepolitische Konsens zwischen den großen Parteien zerfiel (Barthelt/Montanus 1993, S. 99). In der SPD war der Ausbau der Atomenergie zunehmend umstritten, so dass im Energieprogramm von 1977 dann auch ein Vorrang von Kohle und Energiesparen vor der Atomenergie festgelegt wurde (Braczyk 1986, S. 180). Durch das Auftreten der „Grünen Listen“ wurde die Kontroverse auch in die Wahlkämpfe verlagert, in denen sich die SPD zum Teil daher dann auch gegen einen weiteren Ausbau der Atomenergie aussprach (Müller 1995, S. 784f.). **„Das Abflauen des Ausbaus, der Konsensverlust und die heftige Kontroverse“** sind die Merkmale, die die **dritte Phase (1975-1981)** kennzeichnen.

In den folgenden Jahren gab es weiterhin Massendemonstrationen, aber die Atomenergiekontroverse verlor langsam an politischem Gewicht und war nicht mehr das zentrale Thema bei Wahlkämpfen. Andere ökologische Themen, z.B. das Waldsterben, gewannen an Bedeutung und nahmen mehr politischen Raum ein (Müller 1995, S. 797). Der Schwerpunkt

der Atomenergiekontroverse selbst verlagerte sich auf die Entsorgungsproblematik (Müller 1995, S. 778). Die ab 1982 regierende konservativ-liberale Bundesregierung unter Helmut Kohl sorgte für eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren und vertrat eine eindeutige Pro-Atom-Politik, während sich die SPD in ihrer Rolle als Oppositionspartei gegen einen weiteren Ausbau der Atomenergie aussprach (Müller 1995, S. 793f.). 1983 zogen die Grünen erstmals in den Bundestag ein und entfalteten dort vielfältige Aktivitäten gegen die Atomenergie, die von der SPD allerdings nicht unterstützt wurden (Müller 1995, S. 797).

„Die eindeutige Pro-Atom-Politik (der Bundesregierung) und die Normalisierung der Kontroverse“ kennzeichnen also die **vierte Phase (1982-1986)**.

Durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (1986) und den Transnuklear-Skandal (1987) kam es zu einer erneuten Verschärfung der Kontroverse, und die Atomenergie wurde wieder zum Wahlkampfthema (Müller 1995, S. 798f.). Laut Mez (1998, S. 35) war die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl „für die Nutzung der Atomkraft ein historischer Einschnitt“. Auch die SPD und die Gewerkschaften sprachen sich nun für einen Atomausstieg aus (Müller 1995, S. 800ff.), während die Bundesregierung unbeirrbar an der Atomenergienutzung festhielt (Czakainski 1995, S. 371). Trotzdem wurde 1989 das vorerst letzte AKW gebaut. Das seitdem vorherrschende **„De-Facto-Ausbaumoratorium und die erneute Verschärfung der Kontroverse“** bestimmen die **fünfte Phase (1986-1992)**.

Ab 1993 prägte der Versuch, einen erneuten Energiekonsens herzustellen, die Debatte. Denn die Energieversorgungsunternehmen waren ohne einen politischen Konsens über die Nutzung der Atomenergie nicht bereit, in neue Atomkraftwerke zu investieren. 1995 wurden die Konsensgespräche allerdings endgültig für gescheitert erklärt (Czakainski 1995, S. 373). Die Atomenergiekontroverse spielte in der politischen Landschaft ansonsten allerdings kaum noch eine Rolle. Ihr Schwerpunkt sind die Atommülltransporte geworden (Paul 1997, S. 30). Nur bei Transporten in die Zwischenlager Gorleben und Ahaus kam es zu größeren Protesten. **„Die vergebliche Konsenssuche und die ungelöste Entsorgungsfrage“** stehen im Mittelpunkt der **sechsten Phase (1993-1997)**.

1998 wurde die konservativ-liberale Bundesregierung durch die rot-grüne Bundesregierung abgelöst. Diese neue Bundesregierung hat sich in ihrer Koalitionsvereinbarung auf einen Ausstieg aus der Atomenergie festgelegt und führte daher erneute Konsensgespräche mit den Energieversorgungsunternehmen mit dem Ziel, den Atomausstieg zu regeln. Vor kurzem

wurden diese Gespräche mit dem Ergebnis zum Abschluss gebracht, dass die Nutzung der Atomenergie in den nächsten Jahrzehnten beendet werden soll. Aus dem versprochenen Atomausstieg ist somit ein langfristiges Auslaufen der Atomenergie geworden. Dies kann wohl auch als Bestandsschutz für die AKWs bezeichnet werden. Die Anti-Atom-Bewegung hat sich in ihrer Arbeit in den letzten zwei Jahren vor allem auf die Wiederaufnahme der Atommülltransporte vorbereitet, die seit dem sogenannten Castor-Skandal (1998) ausgesetzt sind. Eine größere Mobilisierung zu Demonstrationen ist, obwohl die Bundesregierung mit ihren Ausstiegsbemühungen aus Sicht der Bewegung gescheitert ist, in dieser Zeit nicht mehr gelungen. Um aus dieser Lähmung auszubrechen, versucht die Bewegung seit ein paar Monaten, die Urananreicherung zu einem neuen Themenschwerpunkt zu machen. **„Der versprochene Einstieg in den Atomausstieg und die Lähmung der Anti-Atom-Bewegung“** sind die Merkmale, die die **siebte Phase** kennzeichnen, die **im Jahr 1998 begonnen hat**.

Anhand der vorgenommenen Phaseneinteilung kann festgestellt werden, dass der Ursprung der Anti-Atom-Proteste und das Entstehen der Anti-Atom-Bewegung in der zweiten und dritten Phase, also in der Zeit zwischen 1970 und 1981, zu verorten sind. Diese Zeit wird daher in den folgenden Abschnitten der Arbeit im Mittelpunkt stehen.

2.3 Das Entstehen der Anti-Atom-Bewegung

2.3.1 Der Ursprung der Bewegung - die ersten Proteste¹

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre und in den 60er Jahren begann die Entwicklung der Atomenergienutzung in der Bundesrepublik Deutschland. Die ersten Versuchsreaktoren wurden gebaut. Ab den 60er Jahren begann der Bau von kommerziellen Atomkraftwerken. Gegen die ersten Atomanlagen gab es kaum Proteste (Paul 1997, S. 17) bzw. die Proteste drangen zumindest nicht in die breite Öffentlichkeit. Zwar herrschte bei einem großen Teil der Bevölkerung Skepsis gegenüber der Atomenergie, und viele fürchteten sich sogar davor. Denn sie sahen die Verbindung zwischen der Atomenergie und der Atombombe - und damit Krieg und Vernichtung (Radkau 1993, S. 103; Müller 1990, S. 349f.). Zunächst wurden diese Einstellungen in der Bevölkerung aber von der in den Medien und durch die Politik verbreiteten Euphorie (Barthelt/Montanus 1993, S. 89 f./94; Müller 1990, S. 335ff., Radkau

1993, S. 103: „veröffentlichte Meinung“) überdeckt. Zu fragen ist daher, wann die Proteste so stark zunahmen, dass sie die Schwelle der öffentlichen Aufmerksamkeit überstiegen, wann also die Anti-Atom-Bewegung ihre Anfänge nahm.

Ab Mitte der 70er Jahre gab es bekannterweise große Massendemonstrationen und Bauplatzbesetzungen. Die erste Bauplatzbesetzung in Whyl (Februar 1975) war für die bundesdeutsche Öffentlichkeit aber noch eine Überraschung (Radcke 1993, S. 102). Bevor es soweit war, muss der Widerstand also langsam und noch relativ unbemerkt in der Bevölkerung gewachsen sein. Ehmke (1997) weist darauf hin, dass es in Whyl erst nach jahrelangen Auseinandersetzungen zu Bauplatzbesetzung gekommen sei (S. 36). Müller (1995) konstatiert, dass ab Anfang der 70er Jahre bei Genehmigungsverfahren für Atomkraftwerke die Anzahl der Einwendungen kontinuierlich angestiegen seien und die Kontroverse demzufolge etwa 1971 begonnen habe (S. 779f.). Braczyk (1986) legt den Zeitpunkt, in dem das „WAA-Thema [...] die Wahrnehmungsschwelle der Presse überschritten“ habe, auf das Jahr 1972 (S. 177). Die Ursprünge der Anti-Atom-Bewegung scheinen also in der ersten Hälfte der 70er Jahre zu liegen. Auch wenn zu dieser Zeit natürlich noch keine Bewegung existierte, sondern es viel mehr unverbundene Proteste an einzelnen Standorten gab. Die Mehrzahl der befragten AtomenergiegegnerInnen sieht die Anfänge der Proteste ebenfalls in den 70ern. Nur vereinzelt werden die Anfänge schon in den 50ern oder 60ern bzw. erst in den 80ern gesehen. Einige verbinden eindeutig „Whyl“ mit dem Entstehen der Bewegung (Abschnitt 4.1.2, Frage 3).

2.3.2 Die auslösenden Faktoren für die ersten Proteste

Die Frage ist nun aber, warum in den 70ern der Protest gegen die Atomenergie aufkeimte. Welche sind die auslösenden Faktoren?

Interessant zur Beantwortung dieser Frage ist zunächst, wer zu dieser Zeit die Akteure waren. Während ab Mitte der 70er Jahre nämlich ein breites Spektrum von Personen Widerstand gegen die Atomenergie leistete, war dies zunächst ein wesentlich kleinerer Kreis von Personen. Es war die meist konservative Landbevölkerung im Umfeld der geplanten Atomanlagen, die sich plötzlich gegen den Bau derselben wehrte. Besonders Bauern und Winzer sahen ihre „traditionellen Besitzstandsinteressen gefährdet“ (Kliment 1994, S. 39f.) und ihre Lebensgrundlagen und ihre „Heimat“ (Kretschmer/Rucht 1987, S. 135; Jungk 1987, S. 14) bedroht: „Der anstehende „Lebenswelteingriff“ stellt sich Betroffenen als massive

¹Opp/Roehl (1990): „Als politischen Protest wollen wir nicht-institutionalisierte Handlungen bezeichnen, die darauf gerichtet sind, die Entscheidungen von Politikern oder Bürokratien zu

Bedrohung [Hervorhebung im Original] dar. Das mag den Konfliktanstoß gegeben haben.” (Braczyk 1986, S. 181) Der Kampf gegen die Atomenergie trug also zunächst „regionalistische Züge” (Ehmke 1987, S. 10). Ebenso wie für Whyll lässt sich auch für andere Standorte feststellen, dass zunächst die „normale” - häufig konservative - Bevölkerung, besonders dabei die Landwirte, der Auslöser des Widerstandes war, z.B. in Gronau (Buchholz 1997, S. 208) und in Gorleben (Neumann 1997, S. 221). In der Befragung wurde ebenfalls geantwortet, dass der Widerstand zunächst von einzelnen Standorten („lokalen Initiativen”) ausging und es eine „Wiederentdeckung regionaler Identität” gab (Abschnitt 4.2.2, Frage 4).

1Um die Bedrohung durch die Atomenergie wahrzunehmen, musste die betroffene Bevölkerung natürlich schon über ein gewisses Maß an kritischem Wissen verfügen. Denn zunächst war der Informationsstand über die Atomenergie bei der Bevölkerung relativ gering (Paul 1997, S. 17). Ein Ereignis, das Menschen dazu brachte, sich intensiver mit der Atomenergie auseinanderzusetzen, könnte unter anderem der Störfall in Würgassen (April 1972) gewesen sein. „Dieser Störfall schreckte die deutsche öffentliche Meinung nachhaltig auf und führte zu ersten zähen Auseinandersetzungen mit der allmählich an Boden gewinnenden Anti-Kernkraft-Bewegung, die, dem amerikanischen Beispiel folgend, sich auch in Deutschland etabliert hatte.” (Barthelt/Montanus 1993, S. 96). Ebenso wie die ab 1970 einsetzende Kontroverse um die Atomenergie in den USA: Radkau (1993) stellt fest, dass „die deutschen AKW-Gegner von einem internationalen Trend getragen [wurden]” (S. 104). Nicht zu vernachlässigen dürfte auch die Vorbildfunktion des ab 1972 in der Schweiz einsetzenden stärkeren Anti-Atom-Widerstandes (Ginsburg 1987, S.73) und der Anti-Atom-Proteste ab 1971 in Frankreich (Paul 1997, S. 18) sein. Die Ereignisse in der Schweiz und Frankreich wirkten vor allem auf den badischen Raum (Whyll!), und Whyll wiederum hatte Signalwirkung für andere Standorte in Deutschland (Paul, ebenda). Nicht zuletzt sind in den 70er Jahren mehrere kritische Bücher über die Atomenergie erschienen (z.B. von Fritz Störim und Holger Strohm).

Je mehr den Menschen über die Atomenergie bekannt wurde, desto eher sahen sie natürlich auch mögliche Gefahren. Verstärkend kommt hinzu, dass die Kritikpunkte an der Atomenergie weder von der Wissenschaft noch von der Politik aufgegriffen wurden (Befragung, Abschnitt 4.2.2, Frage 4: „Verharmlosung der Gefahren durch den Staat”), so dass das Misstrauen der Bevölkerung dadurch noch wuchs. „Die Anti-AKW-Bewegung griff Probleme auf, die die weitsichtigeren unter den Experten wohl sahen, aber nicht handlungswirksam ausdiskutieren vermochten.” (Radkau 1993, S. 124) Das Atomprojekt

beeinflussen.” Diese Definition von politischem Protest liegt auch dieser Arbeit zugrunde.

geriet dadurch in ein „Legitimierungsproblem“ (Braczyk 1986, S. 181). Die „Unzufriedenheit“ mit der Atomenergie ist also eine wesentliche Determinante für den politischen Protest gegen die Atomenergie (Opp/Roehl 1990, S. 15). Diese Unzufriedenheit war natürlich nicht von Anfang der Atomenergienutzung an vorhanden, sondern baute sich erst mit der Zeit auf. Die Befragten weisen auch daraufhin, dass sich das Wissen über die Gefährlichkeit der Atomenergie erst verbreiten musste (Abschnitt 4.2.2, Frage 5): „In den 70er Jahren wurden mehr und mehr kritische Punkte der Atomkraft bekannt.“ (Abschnitt 4.2.2, Frage 4) Insofern konnte sich der Protest auch erst mit der Zeit entwickeln.

Weiterhin ist von Bedeutung, wie sich die Wahrnehmung vom technischen Fortschritt mit der Zeit veränderte. In den 50er und 60er Jahren gab es einen „konsensgestützten technischen Wandel“ (Braczyk 1986, S. 173f.). Es bestand in der Gesellschaft ein Konsens darüber, dass es einen Sachzwang zu technischem Fortschritt gebe (Braczyk 1986, S. 176: „Glaube an die Geltung technisch-ökonomischen Sachzwanges“). „Technischer Wandel gilt als notwendige Bedingung für kollektive und individuelle Wohlstandsvermehrung.“ (Braczyk 1986, S. 174) Eventuelle negative Folgen wurden dafür billigend in Kauf genommen.

Ende der 60er und in den 70er Jahren vermehrten sich die kritischen Stimmen gegenüber dem technischen Fortschritt. „Der Glaube an die grenzenlose Machbarkeit schwand dahin, Technik und Wissenschaft wurden nun nicht mehr allein als „Segnungen“ verstanden, sondern hinsichtlich ihrer Folgen befragt.“ (Jansen 1992, S. 90) Brand (1987) spricht von der „Infragestellung des technisch-ökonomischen Fortschrittsverständnisses“ (S. 33). Innerhalb der „arbeitsgesellschaftlichen Institutionen“ (Braczyk 1986, S. 177) war eine Diskussion über die Kritikpunkte aber nicht möglich: „Sie [Techniker, Ingenieure und Naturwissenschaftler] stellten den Glauben an die Unabwendbarkeit von Inhalt und Richtung des technischen Wandels in Frage, dies kam zugleich einem Sakrileg gleich.“ (Braczyk, ebenda). Da die Kritik nicht von den Institutionen integriert wurde, sondern die Ängste und Argumente missachtet wurden (Paul 1997, S. 16), etablierte sich der Protest am Rande der Gesellschaft. „Da sich viele von den Parteien oder anderen organisierten Interessengruppen nicht mehr hinreichend vertreten fanden, entstanden neue soziale Bewegungen, die [...] Einfluss auf das Ergebnis der Konfliktaustragung nehmen wollten.“ (Renn 1995, S. 758) „Legitimations- und Partizipationsdefizite des Parteienstaates“ (Jansen 1992, S. 143) wurden deutlich. Hiermit in Zusammenhang steht auch ein grundsätzlicher Wertewandel: „Durch die lange Prosperitäts- und Friedensphase nach dem Zweiten Weltkrieg führte dies zu einem Einstellungs- und Wertewandel, vor allem unter den jüngeren Alterskohorten mit hoher

formaler Bildung.” (Kliment 1994, S. 45) Postmaterialistische Werte traten zunehmend an die Stelle von materialistischen Werten (Postmaterialismus-Hypothese von Inglehart 1977). Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass gerade bei den Bauern und Winzern materielle Werte (Besitzstandswahrung) eine wichtige Rolle spielten (Kliment, ebenda). Übereinstimmend mit den wissenschaftlichen Positionen sehen auch die Befragten in den 70er Jahren das Heranwachsen einer „kritischen Generation” und die Verbreitung einer „postmodernen Werthaltung” (Abschnitt 4.2.2, Frage 5).

2.3.3 Steht die Anti-Atom-Bewegung in der Tradition anderer Bewegungen?

Nachdem einige Faktoren, die zum Beginn der Anti-Atom-Bewegung beigetragen haben können, erörtert wurden, stellt sich die Frage, ob der Widerstand gegen die zivile Nutzung der Atomenergie in irgendwelchen Traditionen steht.

Der Widerstand gegen die Atomenergie zeigt in seinen Anfängen auf jeden Fall Parallelen zur Naturschutz- und Lebensreformbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Brand 1987, S. 38; Befragung, Abschnitt 4.2.2, Frage 6). Radkau sieht den „Widerstand von Whyll in seinen Anfängen in der Tradition bäuerlicher Protestbewegungen” (1993, S. 103).

In Betracht kommen weiterhin die „Anti-Atomtod”-Bewegung der 50er Jahre und die 68er-Bewegung (Studentenrevolte).

Die „Anti-Atomtod”-Bewegung kann nicht als direkter Vorläufer der Anti-Atom-Bewegung gesehen werden. „Zwischen beiden Bewegungen besteht eine zeitliche Lücke, und die meisten Protestgruppen der 70er Jahre zeigten an dem Thema „Atomwaffen” zunächst ein auffallend geringes Interesse.” (Radkau 1993, S.103) In der Befragung wird zum Teil (von zwei Personen) allerdings eine andere Sichtweise geäußert: Es wird eine Verbindung zwischen Hiroshima/Nagasaki und dem Entstehen der Anti-Atom-Bewegung gezogen (Abschnitt 4.2.2, Frage 4). In diesem Fall wird dann auch nicht zwischen einer Bewegung gegen die Atombombe und einer Bewegung gegen zivile Atomanlagen unterschieden. Der Großteil der Befragten allerdings sieht - wie schon angemerkt - ein Entstehen einer neuen Bewegung in den 70er Jahren. Dies unterstützt die Position von Joachim Radkau.

Welche Rolle aber hat die 68er-Bewegung für die Anti-Atom-Bewegung gespielt? Im „post-faschistischen westlichen Deutschland” waren Massenbewegungen durch den Nationalsozialismus diskreditiert (Raschke 1987, S. 19; Brand 1987, S. 38). Dies änderte sich erst wesentlich durch die Studentenrevolte (68er). Durch die 68er-Bewegung wurde

politisches Engagement wieder gesellschaftsfähig: „Die Bereitschaft zum politischen Engagement, zur autonomen Vertretung eigener Interessen, gewann eine neue Selbstverständlichkeit.“ (Brand 1987, S. 38) Ein neuer Handlungsspielraum war eröffnet worden (Kriesi 1987, S. 30). Zudem waren durch die 68er-Bewegung neue unkonventionelle Aktionsformen (z.B. go-ins, sit-ins, Blockade) eingeführt worden (Brand 1987, S. 37). Insofern kann davon gesprochen werden, dass die 68er-Bewegung die Anti-Atom-Bewegung sowie die Neuen Sozialen Bewegungen überhaupt vorbereitet hat. Die Dynamik der Studentenbewegung übertrug sich auf die Bürgerinitiativen (Jansen 1992, S. 97). Es bestand eine „Kontinuität [...] hinsichtlich der Organisations- und Aktionsformen“ (Brand, ebenda). Wobei aber eine eindeutige Zäsur zwischen den 68ern und der Anti-Atom-Bewegung zu erkennen ist (Dahinden 1987, S. 3) und die Aktiven der 68er nicht zu den ersten Aktiven gegen die Atomkraft gehörten. „Die studentische Linke von 1968 hat den Widerstand gegen Atomanlagen nicht erfunden.“ (Radkau 1993, S. 102) In der Befragung (Abschnitt 4.2.2, Frage 6) wird vor allem auch festgestellt, dass die 68er-Bewegung eine vorbereitende Rolle spielte und eine Vorbildfunktion hatte. Zum Teil wird aber auch ein stärkerer Bezug hergestellt (z.B. 68er als GründerInnen der Anti-Atom-Bewegung).

12.3.4 Aus einzelnen Bürgerinitiativen entsteht eine Bewegung

Wie schon angemerkt waren es zunächst einzelne Gruppen, die sich ganz konkret bestimmten Bauprojekten widersetzen. Mit der Zeit ist daraus dann eine vernetzte Bewegung entstanden. Nach Raschke (1987) ist eine soziale Bewegung ein „mobilisierender kollektiver Akteur“ (S. 21). Die Frage ist, wie es zu dieser Ausweitung, zum Entstehen einer tatsächlichen Bewegung, kam.

Es hat nicht nur eine wachsende Zahl von AtomkraftgegnerInnen gegeben, sondern das Spektrum hat sich ausgeweitet. Während die direkt Betroffenen zuerst Widerstand leisteten, reihten sich ab Mitte der 70er dann auch zunehmend kommunistische Gruppen, Studierende, Autonome und Linke im allgemeinen in die Bewegung ein. Ab Mitte der 70er Jahre gab es viele große Demonstrationen und Bauplatzbesetzungen (z.B. Whyll 1975). Dadurch spielte die Atomenergie nicht mehr nur eine Rolle für die direkt von den Bauvorhaben Betroffenen, sondern die Auseinandersetzung wurde in die Öffentlichkeit getragen, so dass eine größere Anzahl von Menschen begann, sich mit der Atomenergie auseinanderzusetzen. „Die ab Mitte der siebziger Jahre zu verzeichnende Zunahme der Berichterstattung und der gleichzeitig wachsende Negativismus in der Schilderung der Kernenergie gingen einher mit einer

gesteigerten Beachtung des Themas in der Bevölkerung und einer zunehmenden Skepsis gegenüber der Technologie.” (Kliment 1994, S. 107) Die Berichterstattung in den Massenmedien hat für die „Bildung einer kollektiven Identität”, die eine Bewegung braucht, eine wichtige Funktion gehabt (Kliment 1994, S. 119). Der schwere Unfall in Harrisburg (1979) trug sicherlich auch dazu bei, dass es eine gesteigerte Aufmerksamkeit für das Thema Atomenergie gab. Barthelt/Montanus konstatieren, dass dieses Ereignisses den AtomenergiegegnerInnen „weiteren Auftrieb” (1993, S. 98f.) gegeben habe.

Es waren aber nicht allein die Gefahren der Atomkraft an und für sich, die letztendlich immer mehr BürgerInnen zum Widerstand motivierten, sondern auch die repressive Reaktion des Staates auf die AtomkraftgegnerInnen (Butterwege/Jansen 1992, S. 22). Zum Beispiel in Wackersdorf „stieß das Vorgehen der Polizei in verschiedenen Bevölkerungskreisen auf heftige Kritik” (Kretschmer/Rucht 1987, S. 142). Opp/Roehl (1990) sprechen in diesem Zusammenhang von einem „Radikalisierungseffekt” (S. 129). Anstatt die Kritikpunkte aufzugreifen, wurde versucht, die Kritik zu unterdrücken. Der Staat beantwortete die Proteste gegen die Atomenergie mit massiver Repression, was eine „Furcht vor dem Atomstaat” auslöste (Paul 1997, S. 16). Neben die Beunruhigung über die Atomenergie tritt also als zweite „Determinante für politischen Protest gegen Atomkraftwerke” die „politische Entfremdung” (Opp/Roehl 1990, S. 16, 100, 138), wobei Opp/Roehl (ebenda) unter „politischer Entfremdung” eine Unzufriedenheit mit der politischen Ordnung verstehen. Kliment (1994) spricht von einem „Loyalitätsverlust gegenüber den politischen Institutionen” (S. 36). In der Befragung (Abschnitt 4.2.2, Frage 7) wird ebenfalls nahezu übereinstimmend festgestellt, dass die Repressionen des Staates eine Polarisierung der Kontroverse und eine Verstärkung des Widerstandes bewirkten. Es waren die Erfahrungen mit Polizeiübergriffen, die Intellektuelle, Studierende und Linke dazu bewegten, sich überhaupt mit der Thematik „Atomenergie” zu befassen (Paul 1997, S. 18f.) und dann zu Mitgliedern der Bewegung zu werden. In das Themenspektrum der Bewegung fanden dadurch neben der Ablehnung der Atomenergie auch der Antikapitalismus, Staatskritik und basisdemokratische Elemente Einzug (Paul 1997, S. 19). „In der Anti-AKW-Bewegung bündelten sich ökologische und atomare Katastrophenängste, ein selbstbewußt gewordener bürgerlicher Widerstand gegen die Belastungen großtechnischer Projekte und der emanzipative, gegenkulturelle Protest gegen die fortschreitende >>Maschinisierung<< gesellschaftlicher Verhältnisse, gegen Industrialismus, Patriarchalismus und staatliche Repression, zu einer ersten breiten Mobilisierungswelle des >>neuen<< Typus sozialer Bewegungen.” (Brand 1987, S. 30)

1977 fand die erste „Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung“ statt (Kretschmer/Rucht 1987, S. 155). Von diesem Zeitpunkt an kann der Widerstand gegen die Atomenergie tatsächlich als - bundesweite - Bewegung bezeichnet werden. Da nun gemeinsamer und vernetzter gehandelt wurde, handelt es sich wirklich um einen „kollektiven Akteur“.

3. Schlussteil

In Abschnitt 2 wurde sowohl die Entwicklung der Atomenergie in Deutschland insgesamt sowie das Entstehen der Anti-Atom-Bewegung näher betrachtet. Die wesentlichen Erkenntnisse und Feststellungen sollen nun noch einmal zusammengefasst werden.

Zunächst ging es um die Frage, wann die Anti-Atom-Bewegung ihre Ursprünge nahm, wann es also die ersten größeren Proteste gegen den Ausbau der Atomenergie gab. Es kann festgestellt werden, dass ab Anfang der 70er Jahre die Proteste gegen einzelne (geplante) Atomanlagen zunahmen und spätestens mit der Bauplatzbesetzung in Whyll 1975 diese Proteste dann auch in die breite Öffentlichkeit drangen. Der Ursprung der Anti-Atom-Bewegung liegt damit also in der ersten Hälfte der 70er Jahre.

Als nächstes wurden die möglichen Faktoren näher betrachtet, die bewirkten, dass in den 70er Jahren die Proteste aufkeimten, während dies in den 50er und 60er Jahren noch nicht der Fall gewesen war. Es hat sich gezeigt, dass es die in der Umgebung von geplanten AKW-Standorten lebende Bevölkerung (insbesondere Landwirte und Winzer) war, die Widerstand gegen die Atomprojekte leistete, weil sie sich einer Bedrohung ausgesetzt sah. Dieses Gefahrenbewusstsein der Bevölkerung ist erst in den 70er Jahren aufgrund von Störfällen, Einflüssen aus dem Ausland und kritischen Veröffentlichungen entstanden. Weiterhin tauchte in den 70er Jahren Kritik am technischen Fortschritt - also auch an der Atomenergie - in der Gesellschaft auf. Weil diese Kritik aber nicht aufgegriffen, ja nicht einmal diskutiert wurde, fühlten sich die Betroffenen von der Politik nicht mehr vertreten und griffen zum Mittel des politischen Protestes. Die Weigerung des Staates zur Diskussion über die Gefahren der Atomenergie ist somit auch ein Grund für die Heftigkeit der Kontroverse. Die Veränderung der Sicht des technischen Fortschritts ist ein Teil eines allgemeinen Wertewandels. Diese Verschiebung von materiellen Werten hin zu postmateriellen Werten ist ebenfalls ein wesentlicher Faktor für das Entstehen der Anti-Atom-Bewegung - wenn dies auch mehr für

die weitere Entwicklung der Bewegung als für ihre Anfänge gilt, in denen den materiellen Werten der betroffenen Bevölkerung eine wichtige Rolle zukam.

Weiterhin wurde untersucht, ob die Anti-Atom-Bewegung in der Tradition anderer Bewegungen steht. Es kann festgestellt werden, dass es Parallelen zwischen der Naturschutzbewegung zu Anfang des 20. Jahrhunderts und den Anfängen der Anti-Atom-Bewegung gibt. Der Begriff „Heimat“ kann symbolisch für diese Parallele stehen. Aufgrund des großen zeitlichen Abstandes kann die Naturschutzbewegung allerdings nicht als Vorläufer der Anti-Atom-Bewegung bezeichnet werden. Dies gilt ebenso für die „Anti-Atomtod“-Bewegung. Denn auch hier besteht eine, wenn auch wesentlich kürzere, zeitliche Lücke zwischen den beiden Bewegungen, und außerdem spielte die militärische Nutzung in den Anfängen des Protestes gegen AKWs keine Rolle, so dass hier kein Übergang zwischen den beiden Bewegungen zu konstatieren ist.

Bezüglich der 68er-Bewegung hat sich gezeigt, dass diese sicherlich eine Vorbildfunktion für die Anti-Atom-Bewegung hatte und diese erst möglich gemacht hat, weil durch sie politischer Protest wieder gesellschaftsfähig wurde und neue Aktionsformen verbreitet wurden. Ein direkter Vorläufer war aber auch die 68er-Bewegung nicht, da es auch hier keinen direkten Übergang gab. Es stellt sich also heraus, dass die Anti-Atom-Bewegung von verschiedenen vorhergehenden Bewegungen beeinflusst wurde und auch ihre Aktiven zum Teil schon in diesen engagiert gewesen waren und dass allerdings die Anti-Atom-Bewegung keinen direkten Vorläufer hat, aus dem sie hervorgegangen wäre.

Schließlich wurde sich mit der Frage befasst, wie aus den einzelnen Standortinitiativen eine bundesweit vernetzte Anti-Atom-Bewegung entstanden ist. Es sind vor allem zwei Faktoren, die die Bewegungsbildung mitverursacht haben. Erstens kam es ab Mitte der 70er Jahre zu einer immer stärkeren Präsenz der Atomenergiekontroverse in den Massenmedien, was die Rekrutierung von neuen Aktiven und die Bildung eines Selbstverständnisses als Bewegung - einer Bewegungsidentität - sicherlich begünstigt hat. Zweitens führte die Reaktion des Staates auf die Proteste, namentlich die repressiven Maßnahmen, dazu, dass vor allem viele ehemals Aktive der 68er-Bewegung sich dem Thema Atomenergie zuwandten und es dadurch zu einer personellen und thematischen Ausweitung kam. Die Versuche des Staates, die Widerstände zu unterdrücken, haben somit eher zu einer Verstärkung derselben und damit ebenfalls zur Bildung einer bundesweiten sozialen Bewegung beigetragen. Mit der ersten Bundeskonferenz der Anti-Atom-Bewegung 1977 wurde dann auch „offiziell“ deutlich, dass sich aus zunächst nur regionalen Protesten eine bundesweite Bewegung gebildet hat.

Diese Bewegung ist bis heute existent geblieben, wenn sie auch immer wieder Phasen geringerer Aktivität durchgemacht hat, und beeinflusst auch heute noch das energiepolitische Geschehen der Bundesrepublik Deutschland. Mit dieser vorliegenden Arbeit wurde der Versuch unternommen, einen Beitrag zum historischen Verständnis der Bewegung zu leisten.

4. Anhang

4.1 Befragung von AtomenergiegegnerInnen zu der Entstehung der Anti-Atom-Bewegung

Der untenstehende Fragebogen wurde über verschiedene Email-Listen (Basisgrün², Grüne Jugend Niedersachsen, Grüne Jugend Bundesverband, Grünlinks Niedersachsen und x1000mal quer - überall³) mit der Bitte verschickt, ihn ausgefüllt an die Email-Adresse des Verfassers zurückzumailen. Im Nachhinein wurde das Angebot gemacht, auch per Post oder Telefax zu antworten.

4.1.1 Der Fragebogen

Fragebogen zu den Anfängen der Anti-Atom-Bewegung (AAB)

Alter:

²Bundesweiter Verein Grüner, Ex-Grüner und Noch-Nie-Grüner, der sich auf die grünen Grundwerte Ökologie, soziale Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit, Basisdemokratie und Geschlechtergerechtigkeit beruft.

³Bundesweite Kampagne zur Verhinderung von Atommülltransporten

Beruf:

Geschlecht:

- 1.) Sind Sie AtomenergiegegnerIn? Wenn ja, seit wann?
- 2.) Haben Sie einen Meinungswechsel vollzogen - waren Sie also vorher BefürworterIn dieser Technologie? Wenn ja, was waren die Gründe für Ihre Meinungsänderung?
- 3.) Seit wann kann Ihrer Meinung nach von einer AAB gesprochen werden? Wann ist sie das erste Mal in Erscheinung getreten?
- 4.) Wie und warum ist die AAB Ihrer Meinung nach entstanden?
- 5.) Ende der 1960er und bis Mitte der 1970er gab es vergleichsweise wenig Widerstand gegen zivile Atomprojekte in der Bundesrepublik Deutschland. Erst ab Mitte der 1970er kam es zu Bauplatzbesetzungen (z.B. Wyl) und großen Demonstrationen (Brokdorf u.a.). Wie lässt sich dies erklären? Gab es einen plötzlichen Meinungsumschwung in der Bevölkerung oder was waren die Gründe dafür?
- 6.) Gibt es Ihrer Meinung nach einen Bezug zwischen der 68er-Bewegung und der AAB? Welche Rolle haben die 68er für die AAB gespielt? Hatte die AAB Vorläufer, steht sie in irgendeiner Tradition oder ist sie quasi "aus dem Nichts" entstanden?
- 7.) Welchen Einfluss hatte die Reaktion des Staates auf die Proteste für das Entstehen bzw. die weitere Entwicklung der AAB?
- 8.) Sonstige Anmerkungen zum Fragebogen oder zum Thema

4.1.2 Die Ergebnisse der Befragung

Anzahl der ausgefüllten Fragebögen: 21

Beruf:	AkademikerIn	9
	AngestellteR	4
	StudentIn	5
	SchülerIn	2
	keine Angabe	1
Alter:	10-19	2
	20-29	5
	30-39	7
	40-49	5
	> 50	2
Geschlecht:	weiblich	8
	männlich	13

1.) Sind Sie AtomenergiegegnerIn? Wenn ja, seit wann?

F1: Ja, seit ich angefangen habe, mich mit Politik zu beschäftigen, also seit c. 1 1/2 Jahren. Außerdem stand das Wort "Atom" für mich, seit einem Deutschreferat zu dem Buch "Die Wolke" von Gudrun Pausewang und einigen Materialien von "Ärzte gegen Atomkrieg", für etwas negatives. Das war vor 4 Jahren.

F2: ja, 1972

F3: seit 1985

F4: Ja, seit ca. 1975

F5: ja, seit ca 1970

F6: ja, ca. 1980

F7: 1992

F8: Ja, seit meiner Schulzeit.

F9: ca. 1977

F10: Ja. Ende der 80er Jahre

F11: ja! seit ca 3 Jahren

F12: jein, ist keine langfr. Lösung unseres e-problems..., seit 77

F13: seit 1966

F14: ja, seit Mitte/Ende 80er Jahre

F15: Ja bekennender, seit 1886 (Tschernobyl war der Auslöser). Richtig aktiv aber erst seit 1997, da ich aus der Umgebung von Ahaus stamme.

F16: Ja, seit ca. 1993

F17: Ja, seit ich als Kind zum ersten Mal von Atomkraftwerken gehört habe.

F18: Ja, seit ca. 1980

F19: ja, bewußt mindestens seit 1994

F20: Ja. Entwickelt hat sich diese Meinung mit der Zeit. Als ausgesprochene A'gegnerin würde mich vielleicht seit etwa 7 Jahren bezeichnen.

F21: Ja, seit dem Ende meines Studiums, also ca. seit 1980

2.) Haben Sie einen Meinungswechsel vollzogen - waren Sie also vorher BefürworterIn dieser Technologie? Wenn ja, was waren die Gründe für Ihre Meinungsänderung?

F1: Von gar keiner Meinung zu Ablehnung; kann mensch das als Meinungswechsel zählen?

F2: nein, kein Meinungswechsel

F3: nein

F4: Nein.

F5: Gegnerin seit Anbeginn, keine Meinungsänderung

F6: nein

F7: Nein.

F8: Nein.

F9: keine Meinungsänderung

F10: In der DDR aufgewachsen, habe ich den Beteuerungen von der "friedlichen Nutzung der Kernenergie" geglaubt.

Wenn ich mich nach der Entsorgung des DDR-Atommülls erkundigt habe, bekam ich zur Antwort: "Der wird in die Sowjetunion transportiert und dort fachgerecht entsorgt." Nach 1989 erfuhr ich dann, dass der gesamte DDR-Atommüll noch in den AKW lagert (bis heute). (In der DDR hießen die AKWs übrigens KKWs.)

Und bei der NVA (Nationale Volksarmee) wurde uns beigebracht, dass und wie ein Atomkrieg zu gewinnen sei.

Ernsthafte Zweifel kamen erst mit der Bewegung gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf. Dadurch dass wir weder gefragt wurden noch irgendwie Einfluss

nehmen konnten, außer durch Diskussionen, kamen auch Zweifel auf, ob Atomraketen überhaupt richtig sind, und welche Gefahren sie für uns mit sich bringen. Daraus Entstanden auch Zweifel an der Atomenergie als Ganzes.

Mit Tschernobyl kam dann für mich das Umdenken, gefördert u. a. durch die Lächerlichkeit der Argumentation der DDR-Politiker. O-Ton Honecker auf die Frage eines West-Journalisten, ob denn das Essen von Gemüse in der DDR nicht gefährlich sei: "Meine Mutter hat früher auch immer das Obst abgewaschen."

F11: Nein! Ich habe mich vorher nicht damit befasst!

F12: glaubte die kernfusion brächte es... ist aber nur rauch um nix, erkannt dass holzweg

F13: entfällt

F14: nein

F15: In meiner frühen Jugendphase, also bis etwa Deinem Alter habe ich mich noch nicht eingehender mit Atomenergie beschäftigt (Heute ist die Energieversorgung speziell die nachhaltige Energieversorgung mein Brotgeber) und habe das geglaubt, was die PR-Abteilungen der Energiekonzerne verbreitet haben.

F16: Nein, ich war nie Befürworterin, aber erst seit ich mich näher mit dem Thema beschäftigt habe (Umwelt-AG in der Schule), habe ich zur Atomkraft eine ablehnende Haltung.

F17: s.o.

F18: -

F19: nein (vorher habe ich halt noch nicht über so etwas nachgedacht)

F20: Nein. Als ich anfing, mich mit dem Problemfeld Atomkraft zu befassen, habe ich auch angefangen, diese Sache abzulehnen.

F21: Nein, Befürworter war ich nie. Die frühere Haltung/Einschätzung war eher unbedarft und wie von der Schule geprägt.

3.) Seit wann kann Ihrer Meinung nach von einer AAB gesprochen werden? Wann ist sie das erste Mal in Erscheinung getreten?

F1: Irgendwann in den späten 70ern, glaube ich.

F2: 50er Jahre

F3: seit 1977

F4: Für mich persönlich ca. 1970 in Gestalt zweier Lehrer, die gegen das AKW Krümmel auftraten.

F5: für mich mit Why!

F6: Mitte der 60er

F7: 1978.

F8: Darüber weiß ich zu wenig.

F9: schätze Anfang der 1970er

F10: Im Westen oder im Osten?

Ich bin während meines Studiums an der Ostberliner Humboldt-Uni (1977 bis 1982) erstmals mit Atomkraft-Nein-Danke-AktivistInnen in Berührung gekommen (private Ausstellung in einer Wohnung befreundeter Studenten).

F11: Kann ich leider überhaupt nicht beurteilen!

F12: seit den 70er Jahren die ersten... kam als 15jähriger in kontakt..., diskussion... für mich: DABEI

F13: in den Anfängen der 70er

F14: seit Ende 70er im Zuge der "neuen sozialen Bewegungen"

F15: Da ich nicht aus der Anfangsphase stamme, kann ich nur vermuten, wann es begann. Nach meiner Einschätzung liegen wohl die Wurzeln in der 68'er-Bewegung (bin gleiches Baujahr). Denn noch heute treffe ich einige 68'er, die entweder meine Professoren waren oder

mit denen ich zusammenarbeite, auch in der AAB-Bewegung. Obwohl viele meiner Altersgenossen dem Spirit der 68'er nichts abgewinnen können und andere Lebensziele haben, hat sie mich entscheidend geprägt.

F16: Ich muss gestehen, einer richtigen Bewegung bin ich mir erst sehr spät bewusst geworden, ich kann gar nicht genau sagen, wann. Vermutlich erst 1998 wegen dem Castor nach Ahaus. Aber mir ist bewusst, dass es schon viel früher Vernetzungen und Proteste gegeben hat. (Sorry, keine sehr informierte Antwort, fürchte ich!)

F17: Ich habe von einer Anti-Atomkraft-Bewegung zum ersten Mal im Zusammenhang mit Whyl gehört. Eine frühe Erinnerung ist auch die Bauplatzbesetzung im Wendland. Was vorher war, habe ich noch nicht mitgekriegt.

F18: schwierig zu sagen, da damals in der Bretagne. Anfang 1970 (Whyl, nach Fessenheim)

F19: schon wesentlich länger, als ich dabei bin, ich denke so seit den 70ern

F20: Seit Anfang der 80er Jahre. In Erscheinung getreten ist sie sicherlich immer wieder in "kleinen" Dingen, größere Beachtung erlangte sie wohl durch Ereignisse wie Wackersdorf etc. Noch breitere Akzeptanz erlangte die AAB sicher nach Harrisburg und Tschernobyl (Übrigens: Wenn Du in Frage 5 konkrete Daten schreibst, ist diese Frage nach dem Zeitpunkt etwas komisch, oder? :))

F21: Für mich hängt das mit den Fernsehbildern aus Whyl und Obrigheim und der Gründung von diversen grün-alternativen Listen zusammen.

4.) Wie und warum ist die AAB Ihrer Meinung nach entstanden?

F1: Ich rate, dass die AAB aus dem Widerstand einiger hauptsächlich in näherer Umgebung wohnenden Menschen gegen den Bau eines AKWs entstanden ist und nach Tschernobyl wuchs.

F2: Hiroshima - Folgen

F3: Anlässe wie AKW Wyhl, WAA Gorleben ließen die APO sich stärker diesem Thema zuwenden. Plus Betroffenheit/Bedrohung vor Ort. Es gab konkret ein Projekt des Herrschaftssystems/Staates zu verhindern und dabei gleichzeitig die Möglichkeit eigene Utopien auszuprobieren (z.B. Hüttendorf 1004)

F4: Als Folge der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.

F5: A) Erkenntnis der Gefährlichkeit im Umgang mit Kernenergie

B) Verflechtung ziviler und militärischer Nutzung

c) Desinformation, auch Täuschung der Bevölkerung hat Misstrauen erzeugt

F6: Gefährdung, ungelöste Endlagerfrage für zig 100.000 Jahre

F7: APO-Bildung wegen Errichtung der AKW, die sich von Kleingruppen zur Bürgerbewegung entwickelte.

F8: Aus lokalen Initiativen, die sich gegen Kraftwerke vor ihrer Haustür gewehrt haben. Später ging's dann um die allgemeinen Risiken Gesundheit, Unfälle, ungeklärte Entsorgung.

F9: Angst vor Risikotechnologie, Emanzipationsbewegung, Wiederentdeckung regionaler Identität, zunehmende Umweltbelastungen/ -zerstörungen

F10: Ich denke, dass sich Wissen und Informationen über die Gefährlichkeit radioaktiver Strahlung nur langsam verbreitet haben. In den 50er und in den 60er Jahren "hat mensch es eben nicht besser gewusst". Dann wurde neuen Erkenntnissen, wie bei anderen Gefahren (siehe Gentechnik), nicht geglaubt. Außerdem war ja ein Super-Geschäft damit zu machen (Atomwaffen und -kraftwerke, die auch noch vom Staat mitfinanziert wurden).

F11: Ich denke, ich kann eher die Frage nach dem Warum beantworten: In den 70er Jahren wurden (soweit es mir bekannt ist) mehr und mehr kritische Punkte der Atomkraft bekannt.

Da es damals durch die 68er Studentenbewegungen noch einigermaßen gute

Organisationsstrukturen gab, wurden diese genutzt, um gegen diese neue Gefahr vorzugehen.

F12: wohl vielschichtig

F13: aus der "Frankfurter Schule": Adorno, Mitscherlich usw. wurde eine Widerstandskultur entwickelt, die sog. 68er

F14: inhaltlich wegen "Restrisiko" und Abfallproblematik; kein Vertrauen auf parlamentarisches System

F15: Ich denke die Leute wollten dem damals mächtigen Einfluß des Staates (große Koalition und außerparlamentarische Opposition) etwas entgegensetzen. Es mag aber wohl auch damit zusammenhängen, dass psychologisch soziale Gründe eine Rolle spielen, wie z.B. bei vielen die fehlende Autorität der Väter, die im Krieg geblieben sind (dazu gibt es sicher einige Untersuchungen).

F16: Aus BürgerInnen, die sich der Gefahren bewusst waren, die von Atomenergie ausgehen, und die nicht wollten, dass sie diesen Gefahren ausgesetzt werden.

F17: Als Reaktion auf die atomare Bedrohung. Voraussetzung war vielleicht auch die im Dritten Reich gemachte (und an die nächste Generation weitergegebene) Erfahrung, dass das, was der Staat gut heißt, noch lange nicht gut und ungefährlich sein muss. Darauf würde ich auch zurückführen, dass es z.B. in Frankreich zunächst nicht so viel Widerstand gegen Atomanlagen gab - die Menschen dort identifizieren zu einem großen Teil sich mehr mit ihrem Nationalstaat.

F18: politische Gründe (nach 68)

F19: aus vielen kleinen Gruppen/ bi's, die sich an den Atomstandorten bildeten. in jedem fall nicht aus irgendwelchen parlamentarischen initiativen. ganz viel auftrieb hat die bewegung sicher nach tschernobyl gekriegt, als vielen erstmals das hohe risiko bewußt wurde. speziell in niedersachsen wirkte aber auch der gorleben-faktor mobilisierend.

F20: Wie: Leute haben sich zusammengetan (Eine Einzelperson wäre nämlich noch keine Bewegung.). Warum: Weil sie gegen Atomkraft waren. Begünstigt durch eine sensibilisierte Haltung gegenüber polit. u. ökolog. Themen und ein bisschen Aktionismus (?).

F21: Weil die Gefahren - insb. was die Gefahren der Niedrigstrahlung betrifft - von Staats her jahrelang und systematisch verharmlost wurden.

5.) Ende der 1960er und bis Mitte der 1970er gab es vergleichsweise wenig Widerstand gegen zivile Atomprojekte in der Bundesrepublik Deutschland. Erst ab Mitte der 1970er kam es zu Bauplatzbesetzungen (z.B. Whyl) und großen Demonstrationen (Brokdorf u.a.). Wie lässt sich dies erklären? Gab es einen plötzlichen Meinungsumschwung in der Bevölkerung oder was waren die Gründe dafür?

F1: Die Erklärung meiner Großmutter, die ich logisch finde, ist das es erst ab Mitte der 70er wieder Menschen gab die sich trautes auf die Straße zu gehen und die bereit waren in irgendeiner Form politisch aktiv zu werden.

F2: Zunehmende Aufklärung über die Gefahren und Langzeitwirkungen

F3: vermutlich eher einen langsamen Meinungsumschwung und ein Wachsen der außerparlamentarischen Bewegung.

F4: Ja, das Bewusstsein um die Gefahren der Atomenergie war stark gewachsen.

F5: kann ich aus heutiger Sicht nicht mehr so genau nachvollziehen

F6: fehlendes Hintergrundwissen über die tatsächliche Gefährdung

F7: Alles braucht seine Zeit.

Neben den Chancen wurden die Risiken nunmehr deutlich sichtbar.

F8: -

F9: s.o.

F10: Das kann ich nur vermuten: Einerseits waren es sicher die erwähnten Erkenntnisse, andererseits denke ich, dass durch die 68er Bewegung auch das Bewusstsein entstand, gegen die "Mächtigen" etwas bewegen zu können. Schließlich sind ja die Grünen wie die FeministInnen auch mit der 68er Bewegung entstanden.

F11: Wie gesagt denke ich, erst da wurden die großen Probleme der Atomkraft bekannt und die Studentenstrukturen wurden genutzt um die Anti-AKW-Bewegung aufzubauen.

F12: Ende der 1960er... obrigkeitshoerigkeit u fortschrittsglaube stichwort wirtschaftswunder, unbegrenzte möglichkeiten... Gründe dafür? denke: v.a. einzelne!

F13: durch bessere Informationsmöglichkeiten über die Presse etc.
nachdem der Wiederaufbau geschafft und ein gewisser Wohlstand erreicht war, wuchs jetzt eine kritische Generation heran

F14: politische Emanzipation von Teilen der deutschen Bevölkerung erst seit Mitte/Ende 60er Jahre, vorher Staat zu sehr Autorität; außerdem Stichwort: "postmoderne Werthaltung" seit 70er Jahren aufgrund wirtschaftlicher Absicherung

F15: Die ersten spürbaren Folgen einer Politik ergibt sich wohl in der Politik und in sozialen Bereichen, daher fand auch die Friedensbewegung erst Anfang-Mitte der 80'er ihren Höhepunkt in den Ostermärschen. Bin ich überfragt !!

F16: Ich nehme an, bis dahin waren viele der Gefahren der Atomenergienutzung nicht bekannt oder wurden verharmlost. Auch hatte die Nutzung von Atomkraftwerken ja auch scheinbar positive Auswirkungen, z.B. ein Rückgang der Luftverschmutzung besonders im Ruhrgebiet, da weniger Strom durch Kohle erzeugt wurde. So wurde anfangs vermutlich der Nutzen der Energie höher bewertet als mögliche Gefahren. Erst als es immer mehr Menschen gab, die

Gefahren aufzeigten, wurden wohl mehr Leute aufmerksam und unterstützten AtomkraftgegnerInnen bzw. wollten kein AKW vor der eigenen Haustür haben.

F17: Was mich betrifft: Ich musste halt erst ein bisschen größer werden, bevor ich loslegen konnte ;-)

F18: Kontamination über den Rhein :-)) Und dann erfolgreicher (auch wenn die Demo in Wackersdorf nicht größer als in Plogoff war). Nach Superphenix (1 Tod), Bewegung deutlich stärker in D als in F. Ich nehme an, dass es wie in F gelaufen ist: die Atomprojekte der 60er Jahren sind als Forschungsversuche verkauft worden (oder La Hague als Chemiewerk)

F19: fällt mir im moment echt nichts zu ein

F20: Vielleicht keinen Meinungumschwung, aber ein höheres Bewusstsein für den Zusammenhang zwischen Atomkraft und eigenem Leben. Ausserdem hatte eine Art Generationswechsel stattgefunden, weg von bloß Kiffen und Sich-Politisch-Fühlen auf der einen und sehr radikalen Aktionen auf der anderen Seite, hin zu direktem zivilem Ungehorsam.

F21: Es hängt meiner Meinung nach damit zusammen, daß z. B. F. J. Strauß Atomminister war und den Boden für diese hochgefährliche Technologie systematisch und mit dem Geld der großen Stromkonzerne bereitet hat. Auch waren die Bürger damals noch viel obrigkeitgläubiger als heute, z. B. vergleichbar mit den Ex-DDR-Bürgern nach der Wende.

6.) Gibt es Ihrer Meinung nach einen Bezug zwischen der 68er-Bewegung und der AAB? Welche Rolle haben die 68er für die AAB gespielt? Hatte die AAB Vorläufer, steht sie in irgendeiner Tradition oder ist sie quasi "aus dem Nichts" entstanden?

F1: s.o. Ich habe keine Ahnung ob man es als Tradition bezeichnen kann, aber soweit ich weiß, gab es schon Anfang des Jahrhunderts Menschen die sich naturschutzmäßig engagierten, ich denke, dass man da Parallelen sehen kann, aber nicht muß. Da es durch die 68er wieder Protest auf der Straße gab ist sie auf keinen Fall aus dem Nichts entstanden.

F2: Ja, breit angelegter allgemeiner Widerstand

F3: Die AAB entstand aus der 68er, der Friedens- und Umweltbewegung, die letzten beide hatten Vorläufer.

F4: Es gibt eine Tradition des zivilen Protestes schon viel länger als 1968, ich erinnere an die Ostermärsche und andere Massendemonstrationen gegen die Wiederaufrüstung. Die Naturschutzbewegung ist auch wesentlich älter als die „68er“.

F5: Mangel an demokratischen Kontrollmöglichkeiten, Vorenthalten von Informationen, Vertuschen von Zwischen/Störfällen usw. war sicher ein wesentlicher Faktor. Die Beseitigung dieser undemokratischen Zustände und die mit der "friedlichen" Nutzung der Kerntechnik eng verknüpfte militärische Nutzung können eine zentrale Motivation zur Gründung der AAB

durch die "68er-Bewegung.

F6: wenig, mehr zufällige Zeitgleichheit, revolutionäre Grundstimmung, die dann auch die AAB ermöglichte und förderte

F7: Nicht zwingend, doch die Resultate der 68er haben viele Optionen der AAB erst ermöglicht. Eine zielgeleitete Bewegung wie viele andere auch, deren Erfolg zyklischen Schwankungen unterworfen ist.

F8: -

F9: siehe 4

F10: Die Frage 6 habe ich erst nach der Beantwortung der Frage 5 gelesen. Ich denke, dass ich den Bezug bereits hergestellt habe.

Die Grünen wurden meiner Meinung nach zur Anti-Atomraketen-Partei der BRD dadurch, dass dieses Thema gerade aktuell war, als die Partei auf die politische Bühne trat. Sonst wäre sie vielleicht gleich zur Anti-AKW-Partei geworden. So wurde sie es über den Umweg der Proteste gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen. (Das habe ich seinerzeit vom Osten aus aufmerksam verfolgt. Es war für uns die einzige Hoffnung, die Raketenstationierung in Ost und West zu verhindern.) p. s. Heute sind die Grünen zur Pro-AKW-Partei mutiert.

F11: Gute Frage - habe ich aber eigentlich schon beantwortet. Die 68er haben der AAB ersten vorgemacht, wie man für eine Sache kämpft und haben zweitens auch die erforderlichen Strukturen 'übrig gelassen'.

F12: weiß nicht, zu jung!

F13: Antwort siehe oben

F14: "neue soziale Bewegung" (und als deren Teil die AAB) in 70er aus 68er hervorgegangen; weg vom umfassenden ideologischen Ansatz, hin zu partieller Kritik am System; aktive AAB z.T. noch immer kapitalismuskritisch

F15: Siehe Antworten zu Frage 3) und 4)

F16: Tut mir leid, zu dieser Frage fällt mir absolut nichts ein, ich muss völliges Unwissen zugeben.

F17: In meiner Kindheit war die 68er Bewegung Vorbild dafür, sich einzumischen, Verantwortung zu übernehmen, Risiken einzugehen. Da ist auch die Verbindung zur Bürgerrechtsbewegung und damit zur Tradition der Gewaltfreiheit und des Zivilen Ungehorsams. Meine eigene politische Entwicklung steht sicher in dieser Tradition. Allerdings habe ich in der Anti-Atom-Bewegung z.B. in Wackersdorf auch Leute kennengelernt, die von diesen Traditionen weit entfernt zu sein scheinen - aber vielleicht in anderen Bereichen der 68er Bewegung Vorläufer haben.

F18: 68: schon erwähnt Vorläufer: in Frankreich Larzac (Widerstand gegen eine Erweiterung eines militärischen Gelände)

F19: sicher waren die 68er auch für die anti-akw-bewegung wichtig: haben sie doch bestimmten formen des zivilen ungehorsams zu einer verbreitung in weiten teilen der gesellschaft verholfen. außerdem waren gerade aus der 68er-generation viele in der aab aktiv.

F20: s. 5. In der AAB haben sich wohl verschiedene Bewegungen (Frauen-, Friedens- etc.) unter einem Dach zusammengefunden. 68er als eine Art Vorläufer, aber nicht als der alleinige.

F21: Der Bezug zu den 68-ern ist eher indirekt. Die haben zuerst auch einmal die Schwachstellen unseres Staatsgebildes aufgedeckt, und eine davon ist eben die unzulässige Subvention der Atomindustrie. Aber das haben die damals noch nicht richtig erkannt; auch weil viele zunächst der DKP anhängen und diese "Partei" ja Moskau-hörig war und zwischen "guter" und "schlechter" (meint: kapitalistischer) Atomtechnik unterschieden hat.

7.) Welchen Einfluss hatte die Reaktion des Staates auf die Proteste für das Entstehen bzw. die weitere Entwicklung der AAB?

F1: Keine Ahnung.

F2: Hat sie zum Schweigen gebracht

F3: das brutale Vorgehen schüchterte zwar ein ,aber letztendlich überwogen Wut und Wille erstrebt weiterzumachen. Vielleicht war die Räumung des Hüttendorfes im Wendland ein entscheidender Faktor für das Zunehmen der AAB. Der Staat belegte ja mit seiner undemokratischen Überreaktion das alles befürchtete zutraf (Atomstaat, Polizeistaat...) Widerstand notwendiger wurde.

F4: Sie hat zu einer Verhärtung der Fronten geführt und hat (Stichwort „Atomstaat“) die Bürgerrechtsbewegungen in die Auseinandersetzung involviert.

F5: Je härter die Reaktionen, desto "interessanter" wurden die AAB-Aktionen und -demonstrationen für radikale Zeitgenossen. Dies wiederum verschärfte die Reaktion des Staates. Deeskalation durch Information und umfassender Teilhabe an Standortentscheidungen hätten dem Radikalen Lager viel Boden entzogen.

F6: erhöhte den Widerstand

F7: Wer ist "der Staat"? Die Bundesreg. unter Hardlinern wie H. Schmidt haben mit ihrer kompromißarmen Haltung sicherlich zur Polarisierung beigetragen.

F8: Ich denke Bekämpfung durch den Staat führt zu mehr Protesten

F9: verschärfend durch die massive Repression und verlogene Pro-Propaganda

F10: Meiner Meinung nach wird der Atomausstieg durch die Proteste der Anti-AKW-Bewegung erfolgen, unabhängig davon, welche Partei gerade regiert. Die Reaktionen des Staates sind dem Atomausstieg indirekt dienlich, weil dadurch die Medien darüber berichten. Aktionen, bei denen die Polizei fehlt, werden von den Medien oft ignoriert (siehe Aktionen von Greenpeace im Juli gegen die Gen-Chicken bei MacDonalds).

F11: Letztlich gab es im Jahre 2000 eine Bundesregierung, die zumindest behauptet, das Ziel dieser AAB durchgesetzt zu haben - den Atomausstieg (Auch wenn das reine Heuchelei ist!)

F12: Öl ins Feuer weil erkennbar wer wo steht und wofür!!

F13: Repressalien haben den Widerstand sicher verstärkt

F14: Bestärkung des Protests durch staatliche Repression und Festhalten am Atomprogramm

F15: Aus der Zeit stammt der Spruch: "Wenn recht zu unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht" ich könnte mir vorstellen, das das für die 68'er eigentlich nur eine Bestätigung ihres Demokratieverständnisses war. Erzieherisch könnte man das vielleicht als Trotzreaktion bezeichnen. Andere verstanden das als Bestätigung für die Rechtfertigung von Anarchie.

F16: Bestimmt ein verstärkende. Derartige Repression (ich denke jetzt mehr an die letzten Castoren) haben eher das Gegenteil ihrer Intention zur Folge: Gegner wie Befürworter verbeißen sich noch mehr in ihre Argumente und kämpfen um so verbissener. Ich nehme an, dass es derartige staatlich Reaktionen ("Kernenergie ist toll! Keinerlei Gefahr!") auch schon zu Anfang nicht viele Menschen überzeugt haben, und dadurch bestimmt auch einen nicht zu kleinen Anteil an der Entstehung bzw. der weiteren Entwicklung der AAB hatten.

F17: Ich habe diese Reaktion des Staates zum ersten mal in Wackersdorf selber erlebt. Ich hatte den Eindruck, dass die massive Polizeigewalt viele Leute, die zunächst einfach nur gegen die WAA waren, dazu gebracht hat, auch den Staat bzw. die Polizei abzulehnen. Viele von denen, die eher gewaltfrei aufgetreten sind, sind nach den ersten Konfrontationen weggeblieben - aber ich kann nicht sagen, ob das wegen der Polizeigewalt geschah oder deshalb, weil sie einen weniger langen Atem hatten oder z.B. beruflich mehr eingebunden waren als diejenigen, die Gewalt propagierten. immer wieder hatte ich auch mit Leuten zu tun, die selber zur Gewalt bereit waren, nachdem sie erlebt hatten, dass sie trotz friedlichen Verhaltens von der Gegenseite verletzt wurden - das trifft auf DemonstrantInnen wie PolizistInnen zu. So hat der Versuch des Staates, eine eigentlich politische Frage durch Polizeigewalt zu "lösen", sicher auch zu zunehmender Gewaltbereitschaft innerhalb der Anti-AKW-Bewegung geführt.

F18: In F: die Repression war so stark (Superphenix), dass er außer der Bretagne kaum Widerstand noch gab.

In D: die freundlichere (ernst gemeint!) Repression machte eine weitere Entwicklung der Bewegung möglich. Mit der heutigen Repression hat angeblich dieser Staat von seinem Nachbar gelernt!

F19: im ergebnis hat die polizeistaatliche durchsetzung von atomtransporten der aab sicher geholfen: auch der/ die hinterletzte mußte begreifen, daß ein staat, der zur durchsetzung privatwirtschaftlicher ziele zu solchen mitteln greift, nicht im recht sein kann. politisch war die aab zudem fast von anfang an erfolgreich: nur durch enormen druck von der straße aus konnten viele projekte verhindert werden.

F20: "Jetzt erst recht!" Aber auch die Erkenntnis, dass sich doch etwas bewirken lässt (-> Albrecht u. Gorleben)

F21: Das Unverständnis des Staates hat die Bewegung sicher gefördert.

8.) Sonstige Anmerkungen zum Fragebogen oder zum Thema

F1: Ich habe jetzt mein Wissen und meine Assoziationsketten aufgeschrieben und festgestellt, dass ich erstaunlich wenig Ahnung habe. Ich hoffe, dass du mit diesem Fragebogen trotzdem etwas anfangen kannst. ;-)

F2: -

F3: Ein entscheidender Faktor für den Erfolg der AAB ist meiner Meinung nach das zusammenarbeiten sehr unterschiedlicher Kräfte: Bauern/ländliche Bevölkerung mit Studis/Intellektuellen u.v.a. (siehe Wyhl und Wendland).

Allerdings haben viele der ersten Gruppe v.a. aus direkter Betroffenheit und nicht aufgrund einer politischen Analyse oder Überzeugung protestiert und sind kaum noch aktiv (oder weiß jemand was von noch vielen politisch aktiven Bauern aus Wackersdorf und Whyll ?)

F4: Viel Erfolg!

F5: Brisanz wird die Angelegenheit wieder bekommen, wenn Castoren rollen. Schließlich möchte die Regierung im Atomkonsens wohl so tun, dass könne es ein sicheres Endlager geben. Die Diskussion um die Zwischenlagerung am Kraftwerksstandort bringt der AAB neuen Zulauf in der Region.

F6: -

F7: Viel Erfolg bei der HA.

F8: Leider kann ich nicht mehr sagen, da ich mich mit den Hintergründen der Bewegung nicht beschäftigt habe und bei der Entstehung noch zu jung war.

F9: -

F10: s. o.: Ich bemerke sehr oft, das die Geschichte Deutschlands zwischen 1949 und 1989 nur als eine Geschichte der BRD begriffen wird. Das ist jedoch falsch. Die Geschichte Deutschlands fand in dieser Zeit in zwei Staaten statt. Durch die Vereinigung beider Staaten

wurde die Geschichte jedes der beiden Staaten zur Geschichte des Gesamtstaates. Das haben leider die meisten Politiker, die meisten Journalisten und auch einige Historiker noch nicht begriffen.

F11: Ich denke, letztlich habe ich, aufgrund meines Alters, die selben Probleme wie du, viele der gestellten Fragen zu beantworten. Ich hab's trotzdem versucht, und hoffe, es hat was gebracht!

F12: schwierig, denke da haste keine breite basis... viel glück, MÖCHTE DARUM BITTEN DIE DATEN ZU ANONYMISIEREN!!!,

F13: -

F14: B90/Die Grünen als parlamentarische Arm der AAB spätestens seit Regierungseintritt nicht mehr vorhanden

F15: Obwohl die 68'er-Bewegung gut für die Entwicklung unseres Staates war, der noch heute von ihr geprägt ist, sind dennoch einige Dinge damals schief gelaufen. Zwar sind noch einige 68'er in der AAB-Bewegung zu finden, dennoch hat sich die Bewegung verändert und sich gesellschaftlich angepasst. Für meine Begriffe ist sie mir manchmal zu sehr auf Schmusekurs. Dennoch halte ich das Konzept von X-1000-mal-quer als das beste Konzept um die Glaubwürdigkeit zu bewahren, denn das kann man nur mit Gewaltlosigkeit. Das man was bewegen kann, wenn genügend Leute mitmachen, wissen wir seit der Unabhängigkeit Indiens.

F16: Mir ist beim Ausfüllen aufgefallen, wie wenig ich eigentlich über die AAB weiß. Ich bin zwar Atomkraftgegnerin, aber nicht wirklich aktiv, von ein paar Demos mal abgesehen (was ich aber nicht als "aktiv" bezeichnen würde!).

Auch über die Geschichte scheine ich herzlich wenig zu wissen, was mir auch ein bißchen peinlich ist. Teilweise hatte ich beim Ausfüllen das Gefühl, zu "schwimmen", also einfach irgendwas zu schreiben, in der Hoffnung, dass es richtig ist. Ich hoffe, dass ich dir trotzdem weiterhelfen konnte!

F17: Die Anti-AKW-Bewegung ist für mich nicht isoliert zu sehen, sondern zusammen mit anderen sozialen Bewegungen - Startbahn West, Nachrüstung, etc. Die Entscheidung für ein Engagement in dem einen oder anderen

Zusammenhang hing zumindest bei mir mehr von zufälligen (geographischen, persönlichen) Gegebenheiten ab als von irgendwelchen grundsätzlichen Überlegungen.

F18: -

F19: tut mir leid, daß ich das jetzt nur in aller hetze "hingeschmiert" habe. atomfeindliche grüße (vielleicht sprechen wir uns demnächst ja irgendwann mal wieder) und viel erfolg

F20: Tschüs und viele Grüße.

F21: Bin auch als Anti-WAA-Kämpfer in Wackersdorf aktiv gewesen und kann z. B. für diese Tatsachen authentische Berichte liefern. Bin Mitglied der Grünen, aber mit dem erzielten "Kompromiß" ganz und gar nicht zufrieden.

4.1.3 Kritische Betrachtung der Befragung

Inhaltlich sind die Ergebnisse mit in die Arbeit eingeflossen und sollen an dieser Stelle nicht näher betrachtet werden.

Mit einem Rücklauf von 21 ausgefüllten Fragebögen wurde durchaus eine zufriedenstellende Anzahl erreicht. Allerdings muss angemerkt werden, dass einige auf den Fragebogen nicht geantwortet haben, da sie bei einer Beantwortung per Email den Datenschutz nicht gewährt gesehen hätten (Möglichkeit für staatliche Behörden, Emails mitzulesen). Von dem Angebot, die Antworten dem Verfasser per Post oder Telefax zukommen zu lassen, wurde kein Gebrauch gemacht. Von einzelnen Personen wurde der Sinn und Zweck einer derartigen Befragung grundsätzlich in Frage gestellt und Misstrauen geäußert, dass der Fragebogen zum

„Ausspionieren“ der Bewegung dienen könnte. Diese auftauchenden Probleme wurden vom Verfasser des Fragebogens vorher nicht ausreichend berücksichtigt, und müssten bei einer erneuten Befragung bedacht werden.

Es hat sich gezeigt, dass es systematisch nicht sinnvoll war, in Frage 6 Aussagen zu treffen, die die Beantwortung von Frage 4 beeinflussen können.

4.2 Literaturverzeichnis

- Barthelt, Klaus/Montanus, Klaus 1993: Begeisterter Aufbruch. Die Entwicklung der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland bis Mitte der siebziger Jahre, in: Hohensee, Jens/Salewski, Michael (Hg.), Energie - Politik - Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 89-100
- Braczyk, Hans-Joachim 1986: Konsensverlust und neue Technologien. Zur exemplarischen Bedeutung des Konflikts um die atomare Wiederaufarbeitungsanlage für die gesellschaftliche Steuerung technischen Wandels, in: Soziale Welt, Jg. 37, H. 2-3/1986, 174-190
- Brand, Enno 1997: Die Antwort des Staates, in: Redaktion Atom Express (Hg.), ...und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 230-233
- Brand, Karl-Werner 1987: Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt (Main) / New York: Campus Verlag, 30-44
- Buchholz, Udo 1997: Dauerbrenner auf Sparflamme: 20 Jahre Widerstand gegen die Gronauer Atomfabrik, in: Redaktion Atom Express (Hg.), ...und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 207-211
- Butterwegge, Christoph/Jansen, Hans G. 1992: Neue Soziale Bewegungen: Entstehungsbedingungen - Zielsetzungen - Zukunftsperspektiven, in: Butterwegge, Christoph/Jansen, Hans G. (Hg.), Neue Soziale Bewegungen in einer alten Stadt. Versuch einer vorläufigen Bilanz am Beispiel Bremens, Bremen: Steintor, 18-33
- Czakainski, Martin 1995: Bundesrepublik Deutschland, in: Michaelis, Hans/Salander, Carsten (Hg.), Handbuch Kernenergie. Kompendium der Energiewirtschaft und Energiepolitik (4. Aufl.), Frankfurt am Main: VWEW-Verlag, 368-373
- Dahinden, Martin 1987: Einführung, in: Dahinten, Martin (Hg.), Neue soziale Bewegungen - und ihre gesellschaftlichen Wirkungen, Zürich: Verlag der Fachvereine an den Schweizerischen Hochschulen und Techniken, 1-23
- Ehmke, Wolfgang 1987: 10 Jahre Gorleben - (k)ein Grund zum Feiern?, in: Ehmke, Wolfgang (Hg.), Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf, Köln: Kölner Volksblatt Verlag, 9-12
- Ehmke, Wolfgang 1997: Bewegte Zeiten: Von Why! bis zum Tag X, in: Redaktion Atom Express (Hg.), ...und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 34-45

- Ginsburg, Theo 1987: Energiepolitik von unten, in: Dahinten, Martin (Hg.), Neue soziale Bewegungen - und ihre gesellschaftlichen Wirkungen, Zürich: Verlag der Fachvereine an den Schweizerischen Hochschulen und Techniken, 71-78
- Inglehart, Ronald 1977: The Silent Revolution, Princeton.
- Jansen, Hans G. 1992: Anfänge und Entwicklung der Ökologiebewegung in Bremen, in: Butterwegge, Christoph/Jansen, Hans G. (Hg.), Neue Soziale Bewegungen in einer alten Stadt. Versuch einer vorläufigen Bilanz am Beispiel Bremens, Bremen: Steintor, 90-104
- Jansen, Hans G. 1992: Esenshamm und die Entstehung des Anti-AKW-Protests in Bremen, in: Butterwegge, Christoph/Jansen, Hans G. (Hg.), Neue Soziale Bewegungen in einer alten Stadt. Versuch einer vorläufigen Bilanz am Beispiel Bremens, Bremen: Steintor, 143-152
- Jungk, Robert 1987: Wir machen Geschichte, in: Ehmke, Wolfgang (Hg.), Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf, Köln: Kölner Volksblatt Verlag, 13-16
- Kliment, Tibor 1994: Kernkraftprotest und Medienreaktion. Deutungsmuster einer Widerstandsbewegung und öffentliche Rezeption, Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag
- Kretschmer, Winfried/Rucht, Dieter 1987: Beispiel Wackersdorf: Die Protestbewegung gegen die Wiederaufarbeitungsanlage. Gruppen, Organisationen, Netzwerke, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt (Main) / New York: Campus Verlag, 134-163
- Kriesi, Hanspeter 1987: Neue soziale Bewegungen - der Protest einer Generation?, in: Dahinten, Martin (Hg.), Neue soziale Bewegungen - und ihre gesellschaftlichen Wirkungen, Zürich: Verlag der Fachvereine an den Schweizerischen Hochschulen und Techniken, 25-42
- Mez, Lutz 1998: Die Verflechtung von Umwelt- und Energiepolitik in Deutschland. Wie der ökologische Problemdruck ein altes Politikfeld anreichert und die Macht der Energiekonzerne hinterfragt, in: Politische Bildung, Jg. 31, H. 3, 24-39
- Müller, Wolfgang D. 1990: Geschichte der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Anfänge und Weichenstellungen, Stuttgart: Schaeffer
- Müller, Wolfgang D. 1995: Die Kernenergiekontroverse in Deutschland, in: Michaelis, Hans/Salander, Carsten (Hg.), Handbuch Kernenergie. Kompendium der Energiewirtschaft und Energiepolitik (4. Aufl.), Frankfurt am Main: VWEW-Verlag, 777-815
- Neumann, Wolfgang 1997: Die Anti-AKW-Bewegung und die kritische Wissenschaft, in: Redaktion Atom Express (Hg.), ...und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 220-228
- Opp, Karl-Dieter/Roehl, Wolfgang 1990: Der Tschernobyl-Effekt. Eine Untersuchung über die Ursachen politischen Protests, Opladen: Westdeutscher Verlag

- Paul, Reimar 1997: Chronologie des Widerstandes, in: Redaktion Atom Express (Hg.), ...und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 46-160
- Paul, Reimar 1997: Die Anti-AKW-Bewegung: Wie sie wurde was sie ist, in: Redaktion Atom Express (Hg.), ...und auch nicht anderswo! Die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung, Göttingen: Verlag Die Werkstatt, 11-32
- Radkau, Joachim 1993: Fragen an die Geschichte der Kernenergie - Perspektivenwandel im Zuge der Zeit (1975 - 1986), in: Hohensee, Jens/Salewski, Michael (Hg.), Energie - Politik - Geschichte. Nationale und internationale Energiepolitik seit 1945, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 101-126
- Raschke, Joachim 1987: Zum Begriff der sozialen Bewegung, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt (Main) / New York: Campus Verlag, 19-29
- Renn, Ortwin 1995: Die soziale und kulturelle Sprengkraft des Themas Kernenergie, in: Michaelis, Hans/Salander, Carsten (Hg.), Handbuch Kernenergie. Kompendium der Energiewirtschaft und Energiepolitik (4. Aufl.), Frankfurt am Main: VWEV-Verlag, 756-759
- Rucht, Dieter 1987: Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.), Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt (Main) / New York: Campus Verlag, 238-260